



Hessische Verhältnisse – Fluch oder Chance?



Jörg Bruchmüller.

Der Wähler hat entschieden, aber wer künftig in Hessen regieren wird, ist noch unklar. Ich gehe davon aus, dass beim Erscheinen dieser Ausgabe noch keine Koalitionsverträge unterzeichnet wurden und die Beratungen, Sondierungen und Verhandlungen noch andauern. Vorab ein erfreuliches Ergebnis: Mit 73,2 Prozent (Bundestagswahl und Landtagswahl identisch) ist in Hessen eine ordentliche Wahlbeteiligung zu verzeichnen, wenn man bedenkt, dass bei der letzten Landtagswahl 2009 lediglich 61 Prozent gewählt haben. Dies ist zunächst eine erfreuliche Trendwende, denn der Spitzenwert von 87,7 Prozent aus dem Jahr 1978 sank bis 2009 kontinuierlich.

Die viel zitierten (auch beklagten) hessischen Verhältnisse sind das Ergebnis der Landtagswahl in Hessen und auch bei der Bundestagswahl waren die jeweiligen Wunschoptionen nicht realisierbar. Schwarz-Gelb wurde in Hessen abgewählt und das selbsternannte Wunschbündnis aus Rot-Grün konnte ebenfalls keine absoluten Mehrheiten erreichen. Weil es jeweils für „Wünsch dir was“ nicht reicht, sind nunmehr alle im hessischen Landtag gewählten Parteien gefordert, entsprechend ihren politischen Inhalten und ihrem demokratischen Selbstverständnis Verbündete zu suchen, um regieren zu können. Spekulationen über mögliche Farben-

spiele sind täglich in vielen Tageszeitungen nachzulesen.

Was aus meiner Sicht bei vielen Berichterstattungen viel zu kurz kommt oder völlig unzureichend thematisiert wird, ist die Frage, welchen Einfluss die Bundestagswahl auf die hessische Landtagswahl hatte. Anders ausgedrückt: Ging das Kalkül von Ministerpräsident Bouffier auf, zeitgleich wählen zu lassen, um wahlstrategisch im Windschatten der populären Kanzlerin die eigene Regierungsbilanz aufzupeppen?

Um dies beantworten zu können, ist zunächst einmal das Wahlergebnis der beiden Wahlen ausschließlich mit den hessischen Stimmabgaben zu analysieren.

Punkt eins: Hauptursächlich für den Wahlerfolg der CDU bei der Bundestagswahl wird die Kanzlerin (68 Prozent) gemacht. Nur 21 Prozent der Befragten führen das Wahlergebnis auf die Politik von CDU/CSU zurück (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen).

Punkt zwei: Die Hessen haben bei der Bundestagswahl den bürgerlichen Parteien (CDU, FDP und AfD) mit 3,1 Prozent mehr Stimmen zukommen lassen als bei der zeitgleichen Landtagswahl. Im Umkehrschluss haben SPD und GRÜNE bei der Landtagswahl 3,1 Prozent mehr Stimmen bekommen als bei der Bundestagswahl. Objektiv gesehen haben viele Hessen in Bund und Land bewusst unterschiedlich gewählt.

Es ist zweifelsfrei der „Merkelfaktor“, der sich wie ein Schleier über das hessische Wahlergebnis gelegt und möglicherweise erst die hessischen Verhältnisse ermöglicht hat. Nun gilt es, diesen Schleier beiseite zu legen, denn Bundes- und Landespolitik sind zwei Paar

Schuhe. In Kernbereichen wie beispielsweise Bildung, Löhne und Arbeitsbedingungen, Energieversorgung und innerer Sicherheit liegt die Gesetzgebungskompetenz unmittelbar bei den Ländern. Ergo kommt es auf die landespolitischen Inhalte an, die notwendig sind, um Hessen mit seinen regionalen Besonderheiten und Bedürfnissen zukunftsfähig zu machen.

Folgt man dem differenzierten Wahlverhalten vieler Bürgerinnen und Bürger, ergibt sich folgerichtig, dass die Hessen offensichtlich für einen Politikwechsel gestimmt haben, zumindest gibt es eine klare Absage für ein

Vergleich: Ergebnisse der Landtagswahl und Landesergebnis Hessen der Bundestagswahl (Zweitstimmen)

	Prozent		
	BTW: Landesergebnis Hessens	LTW Hessen	Differenz LTW- BTW
Wahlbeteiligung	73,2	73,2	
Parteianteile			
CDU	39,2	38,3	-0,9
SPD	28,8	30,7	+1,9
DIE LINKE	6,0	5,2	-0,8
GRÜNE	9,9	11,1	+1,2
FDP	5,6	5,0	-0,6
AfD	5,6	4,0	-1,6
PIRATEN	2,1	1,9	-0,2
Sonstige	2,8	3,8	+1,0

Quelle: Bundeswahlleiter / Landeswahlleiter

„Weiter so!“ Das bedeutet aber auch, dass eigene Positionen neu überdacht werden müssen, um politisch gestalten zu können. Bewegung ist daher

Fortsetzung auf Seite 2



LANDTAGSWAHL 2013

Fortsetzung von Seite 1

bei allen Parteien gefragt. Da ist es nur gut, dass die FDP in Hessen das rettende Ufer noch erreicht hat, um ihr Demokratieverständnis gleich auf die Probe zu stellen und um ihren Parteitagsbeschluss vor der Wahl zu überdenken, nämlich nur mit der CDU koalieren zu wollen. Fatal für eine Partei, deren Grundbekenntnis Liberalismus bedeutet, also die Freiheit politisch gestalten zu wollen und auch politisch gestalten zu können. Da sie sich jetzt inhaltlich und personell erneuern muss, haben in Beton gegossene Beschlusslagen den Wert abgebrannter Zigarren. Mutig und durchaus auch ein wenig läuternd ist daher das Bekenntnis des designierten FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner, der in einer „Stuttgarter Erklärung“ Anfang Oktober u. a. ankündigte, eine (Neu-)Ausrichtung der FDP in Richtung der „sozialen Verantwortung“ und einer großzügigen menschenbejahenden Gesellschaftspolitik“ voll-

ziehen zu wollen. Er machte zudem deutlich, dass der Schutz von Bürgerrechten im Internetzeitalter und faire Bildungschancen für die FDP herausragende Themen seien. Das klingt, verglichen mit dem bisher Erlebten, zunächst neu und zuversichtlich und man darf gespannt sein, ob die FDP dies in ihrer politischen Verantwortung als Chance der Erneuerung (auch für eine mögliche Regierungsverantwortung einer Ampelkoalition) tatsächlich begreift. Wenn nicht, gilt der alte Spruch: „Die Karawane zieht weiter“. Und das nachträgliche Herumnörgeln über verpasste Chancen oder gar Unmutsäußerungen über andere Regierungskonstellationen hätten die gleiche Qualität wie das Flehen um Zweitstimmen vor einer Wahl.

Als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei habe ich seit fast zehn Jahren mit vielen Verantwortlichen aller im Landtag vertretenen Parteien einschlägige und auch völlig unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Natürlich haben wir in erster Linie die Interessen

unserer Kolleginnen und Kollegen zu vertreten. Neben vielen Erfolgen ist auch klar, dass wir nicht alles erreicht haben, was wir uns auf die Fahne geschrieben haben. Es hat die GdP aber auch immer ausgezeichnet, über den eigenen Tellerrand hinweg zu schauen, um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu erkennen und insofern auch zu beraten, Einfluss zu nehmen und Verantwortung zu übernehmen. Dazu ist der Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen und allen demokratischen Parteien unverzichtbar. Neben dem Diskurs in inhaltlichen Fragen brauchen wir auch eine Politik, die auf ernst gemeinten Dialog und gegenseitigen Respekt setzt. Kurzum, wir brauchen dringend einen Neustart! Der Wähler hat dafür einen breiten (Verhandlungs-)Spielraum gelassen. Die hessischen Verhältnisse sind daher kein Fluch. Sie sollten von allen demokratischen Parteien als Chance für den vom Wähler geforderten Politikwechsel begriffen werden.

Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender

LANDESJUGENDKONFERENZ 2013

Jochen Zeng neuer Jugendvorsitzender

Ende September fand in Wiesbaden-Naurod die 13. Landesjugendkonferenz Hessen (LJK) statt.

Wie 2009 wurde diese in einem gemeinsamen Rahmen mit den anderen Personengruppen der GdP Hessen (Frauengruppe, Seniorengruppe) unter dem Motto: „GEMEINSAM VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN“ durchgeführt. Nach einer gemeinschaftlichen Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller und den Wiesbadener Oberbürgermeister Sven Gerich begaben sich alle Delegierten in ihre jeweiligen Tagungsräume.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Landesjugendvorsitzenden Daniel Klimpke eröffnete dieser die 13. LJK Hessen.

Die LJK wurde in diesem Jahr von Antonio Pedron und Markus Hüschentbett als Verhandlungsleitung durchgeführt. Zu Beginn und um sich besser kennenzulernen, stellten sich alle Delegierten kurz vor.

Nachdem dann mit den beiden Delegierten Tim Türke und Maike Krä-



Der neu gewählte Landesjugendvorstand der Jungen Gruppe Hessen.

mer die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission ebenfalls gewählt war, konnte die Konferenz beginnen.

Nach den Berichten und der Entlastung des alten geschäftsführenden Landesjugendvorstandes wurde den ausscheidenden Mitgliedern des alten Vorstandes mit einem kleinen Präsent für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit für die Junge Gruppe

gedankt. Auch an dieser Stelle möchte ich mich im Namen des neuen Landesjugendvorstandes nochmals für die geleistete ehrenamtliche Arbeit bedanken und wünsche Kerstin Wöhe, Antonio Pedron, Markus Hüschentbett, Alexander Krimmel und Daniel Klimpke viel Glück, Gesundheit und Erfolg auf ihrem weiteren Weg.



LANDESJUGENDKONFERENZ 2013



Daniel Klimpke kandidierte nicht mehr für den Vorsitz. Er wurde vom neuen Vorsitzenden gebührend verabschiedet.

Nach der Verabschiedung hieß es nun, einen neuen geschäftsführenden Vorstand zu wählen.

Die Kandidaten waren aufgrund der Vorstellungsrunde bekannt. Zu dem neuen Vorstand wurden einige Beisitzer aus den Bereichen Kripo, Tarif, Berufsvertretung und Werbung im neuen Vorstand integriert. Alle Kandidaten wurden einstimmig gewählt!

Der neue geschäftsführende Landesjugendvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Jochen Zeng, Vorsitzender, Sebastian Schubert, stv. Vorsitzender, Marcel Müller, Kassierer, Maik Bret-

schneider, stv. Kassierer, Dörte Ganzer, Schriftführerin, und Christian Schwarz, stv. Schriftführer.

Als Beisitzer wurden **Martin Keller, Christian Richter, Stephan Müller, Diane Stein, Andreas Rau, Selina Krause und David Stegemann** gewählt.

Zwischenzeitlich nahm sich der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller Zeit für die Delegierten der LJK 2013 und riss kurz die derzeitige gewerkschaftliche Lage in Hessen und auf Bundesebene an.

Die Delegierten hörten interessiert zu und stellten viele Fragen, welche ausführlich beantwortet wurden und somit ein reger Austausch stattfand.

Nach den Wahlen ging es darum, der Jungen Gruppe Hessen in Form der Anträge eine Richtung für ihre Arbeit in den nächsten vier Jahren zu geben. Die Anträge wurden unter den Delegierten vielschichtig diskutiert und geändert.

Am Ende der Diskussion standen 18 Anträge fest, welche durch die Landesjugendkonferenz angenommen waren. Als deutliches Zeichen war zu erkennen, dass sich die Konferenz auch eine politische Ausrichtung des Landesjugendvorstandes wünscht und sich dieses in den Anträgen niederschlägt.

Wir werden diese Anträge mit Leben füllen und für deren Umsetzung mit all unseren Möglichkeiten kämpfen!

Die nächsten vier Jahre stehen an, der Vorstand ist gewählt und die An-

träge wurden angenommen. Wir, der neue geschäftsführende Landesjugendvorstand, freuen uns, diese



Verabschiedung von Kerstin Wöhe (links) durch den neuen Vorsitzenden Jochen Zeng.

Funktionen auszuüben und versuchen, dem gezeigten Vertrauen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir alle Junge-Gruppe-Mitglieder in Hessen, uns bei Problemen, Anmerkungen, Ideen oder Fragen anzuschreiben. Wir sind über unsere [E-Mail-Adresse: hessen@gdp-jg.de](mailto:hessen@gdp-jg.de) jederzeit erreichbar und werden schnellstmöglich antworten.

In diesem Zusammenhang danken wir allen Delegierten für die Konferenz und freuen uns auf viele Zuschriften.

**Jochen Zeng,
Vorsitzender JG Hessen**

KOMMENTAR

Führungsstil – Leitbild – Zukunft?

Vor über 60 Jahren hat die GdP damit begonnen, die Polizei nach dem Krieg von einer paramilitärischen Truppe in eine hocheffiziente, demokratische, zivile und mit einem großen Vertrauen bei der Bevölkerung ausgestattete Polizei umzubauen. Es war eine Entwicklung vom Kasernenhofgebrüll hin zu einer modernen akademischen Ausbildung. Es war eine Entwicklung von Befehl und Gehorsam hin zu einer auf Mitbestimmung und gegenseitiger Wertschätzung und Vertrauen basierenden Zusammenarbeit über alle Hierarchien hinweg, getragen von einem kooperativen Führungsstil, der als

Garant für eine sich fortentwickelnde Polizei angesehen werden kann. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung in Hessen war die Manifestierung all dieser Werte, die sich die Polizei selbst geschaffen hatte mit der Veröffentlichung des Leitbildes der hessischen Polizei im Jahre 1999.

Doch schon bald mussten wir feststellen, dass sich etwas veränderte – negativ veränderte. Der Führungsstil wurde zunehmend autoritär und dirigistisch. Die kooperativen Elemente wurden bei der Umsetzung von Projekten und politischen Vorgaben als lästig empfunden und immer mehr beiseitegelegt. Damit einhergehend

wurde auch das Leitbild der hessischen Polizei zu Grabe getragen – nicht offiziell, aber dennoch für jeden erkennbar. Wer sich in dieser Zeit auf das Leitbild berief, wurde dafür bestenfalls belächelt. Aus den Köpfen ist es aber bis heute nicht verschwunden. Und das ist auch gut so. Innenminister Boris Rhein wollte mit der Entlassung Nedelas der negativen Entwicklung der Führungskultur bei der Polizei ein Ende bereiten. Dass ihm dies bis heute nicht vollständig gelungen ist, wird er selbst erkennen. Es reicht eben nicht aus, den Kopf

Fortsetzung auf Seite 4



KOMMENTAR

Fortsetzung von Seite 3

auszutauschen und das System nicht grundlegend zu reformieren.

Noch heute herrscht Wettbewerb bis hinab in die untersten Führungsebenen. Der jeweils in der Hierarchie über einem Stehende übt den Druck aus, um wiederum seine Erwartungen nach oben hin erfüllen zu können. Dabei stört der kooperative Führungsstil ebenso wie die Vorgaben aus dem Leitbild der Polizei. Ober sticht Unter. Es hat sich eine „Immer-höher-immer-weiter“-Mentalität verselbstständigt, der dringend Einhalt geboten werden muss. Die Verleihung der „Goldenen Lupe“ für das Präsidium mit den meisten erkennungsdienstlichen Behandlungen war geradezu ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen sahen sich in die Grauzonen der Rechtmäßigkeit gedrängt, um die Erwartungen zu erfüllen.

Dieser Umgang mit Personal- und Sozialverantwortung wird über kurz oder lang den geregelten Dienstbetrieb an die Wand fahren. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die hochmotivierten und akademisch ausgebildeten Kolleginnen und

Kollegen mit diesem System brechen. Dabei muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und darf nicht auf ein betriebswirtschaftliches „Vollzeit-äquivalent“ reduziert werden.

Nicht manipulierbar und festen Gesetzen folgend zeichnet sich ab, dass die Gesundheit und die Berufszufriedenheit auf der Strecke bleiben werden. Überlastung und zu geringe Regenerationszeiten werden dem „Immer-höher-immer-weiter“ Spiel ein Ende bereiten. Vielerorts ist es schon so weit, dass aufgrund von hohen Krankenraten und immer dünner werdenden Wachstärken der „Wettbewerb“ eingestellt werden musste.

Wie geht es weiter? Es ist an der Zeit, die Polizei mehr ihre Arbeit tun zu lassen, als dass man ständig versucht, die Arbeit zu optimieren und an den Stellschrauben der „Produktivität“ zu drehen, ohne dabei die personelle Verstärkung anzupassen. Es ist auch an der Zeit, sich dazu zu bekennen, dass 13 764 Vollzugsstellen in Hessen nicht ausreichen, denn 3 500 000 Überstunden fallen nicht vom Himmel, sondern sind der stehende Beweis von massiver Überlastung. Auch und trotz knapper Kassen gilt es deshalb für die Parteien, sich politisch zu bekennen und zu

definieren, welche Aufgaben Priorität haben und welche nicht.

Dabei wird die GdP besonders anpassen müssen und hinschauen, wie die Parteien nach der Landtagswahl innere Sicherheit zukünftig definieren. Die Schuldenbremse und eine personell wie gesundheitlich gebeutelte Polizei könnten auch von Landespolitikern zum Anlass genommen werden in Erwägung zu ziehen, durch das Abtreten von Aufgaben an private Sicherheitsunternehmen die Polizei spürbar und vielleicht sogar noch wählerwirksamer zu entlasten. Vielleicht ist dies auch schon Teil einer Strategie, die wir schlechterdings zum heutigen Zeitpunkt lediglich fiktiv unterstellen können.

Eines ist jedoch sicher, mit der GdP wird es keine Verlagerung von hoheitlichen Aufgaben zu privaten Sicherheitsdiensten geben. Innere Sicherheit ist keine Spielwiese für unter finanziellem Druck stehende Landespolitiker. Innere Sicherheit ist ein hohes Gut, dass ein Leben in Frieden und Freiheit garantiert. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen wie unsere Kolleginnen und Kollegen. Dafür steht diese GdP – seit über 60 Jahren.

Andreas Grün

SENIORENKONFERENZ 2013

Harald Dobrindt zum neuen Vorsitzenden gewählt



Der neue Vorstand der Seniorengruppe, v. l.: Gerhard Lehmann, Michael Messer, Heinz Homeyer, Volker Zeidler, Erika Büttner, Rolf Degenhard, Harald Dobrindt und Hermann Müller.

Am 26. September fand in Wiesbaden-Naurod eine Personengruppenkonferenz der GdP Hessen statt. Delegierte der Jungen Gruppe, der Frauengruppe und der Seniorengruppe hatten sich hier versammelt, um nach Ablauf der Amtszeit ihre Vorstände neu zu wählen und Anträge für den nächsten Landesdelegiertenrat zu beraten und zu beschließen.

Landesbezirksvorsitzender Jörg Bruchmüller begrüßte die ca. 150 Kolleginnen und Kollegen in der Aula des Wilhem-Kempf-Hauses und freute sich über ihre Bereitschaft, gemäß des Mottos der Veranstaltung, „Gemeinsam Verantwortung übernehmen“, den gewerkschaftlichen Gedanken in die Dienststellen zu tragen oder sich nach dem Berufsleben für

die Ruheständler zu engagieren. Dass solche Bemühungen wirkungsvoll sind, zeigt sich an der steigenden Mitgliederzahl in der hessischen GdP, die sich z. B. im zweiten Quartal dieses Jahres um 80 erhöht hat. Der Landesbezirksvorsitzende wünschte den drei Personengruppen einen erfolgreichen Konferenzverlauf und der GdP Hessen einen weiteren Zuwachs,



SENIORKONFERENZ 2013



Harald Dobrindt (rechts) referiert vor den angereisten Seniorenvertretern aus den Bezirken.

um bis zum Landesdelegiertentag im März 2014 einen Bestand von 12 000 Mitgliedern erreichen zu können.

Sven Gerich, Wiesbadens neuer Oberbürgermeister seit Juli dieses Jahres, war der Einladung zu einem Grußwort gefolgt und empfahl den Anwesenden, stets aufmerksam zu bleiben, Interesse zu zeigen und weder mit Kritik noch mit Lob zu sparen, wo es angebracht ist.

Danach begannen die drei Personengruppen ihre unmittelbaren Konferenzen.

Aktiv im Alter

Zur Seniorenkonferenz hatten sich neben dem Vorstand eine Kollegin und 39 Kollegen als Delegierte aus allen Bezirksgruppen eingefunden.

In einem ehrenden Gedenken an die verstorbenen Senioren in der GdP Hessen erinnerte Harald Dobrindt



Neuer Landesseniorenvorsitzender Harald Dobrindt.

stellvertretend an das Vorstandsmitglied Walter Kaiser, dem nur eine kurze Zeit seines Ruhestandes vergönnt war. Für den weiteren Verlauf der Seniorenkonferenz wählten die Delegierten eine Verhandlungsleitung, die Bernd Braun übertragen

wurde. Ihm standen Horst Kothe und Konrad Jänicke zur Seite. Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission übernahmen Wilfried Apel, Bernhard Thomas, Reinhold Grünwald und Norbert Tumbrägel.

Es folgte ein Vortrag von zwei Vertreterinnen der „COMPASS Private Pflegeberatung GmbH“ aus Köln. Dabei handelt es sich um eine Einrichtung der privaten Krankenversicherungen, die in allen Fragen rund um das Thema Pflege die Versicherten und ihre Angehörigen kostenfrei informiert, unterstützt und auch begleitet.

In einem engagierten Grußwort ging der Vorsitzende der Bundesseniorengruppe der GdP, Anton Wiemers aus Warburg/NRW, auf die Notwendigkeit für die Senioren ein, die Vorstellungen über ihre Zukunft selbst zu formulieren. „Wir müssen uns einmischen!“ war seine Grundsatzforderung aus der Selbstverantwortung, das Leben zu gestalten.

Der Nachmittag wurde eingeleitet durch den Arbeitsbericht des Landeseniorenvorstandes für die zurückliegende Amtszeit von 2009 bis 2013. Harald Dobrindt, kommissarischer Vorsitzender seit dem Rücktritt Norbert Weinbachs, hatte seinen Bericht unter die Überschrift „Aktiv im Alter“ gestellt, in dem er die vielfältigen Aktivitäten des Vorstandes darstellte.

Mit einer Betrachtung über die Beweggründe, auch noch nach dem aktiven Berufsleben etwas für die Allgemeinheit zu leisten, beendete Harald Dobrindt den Arbeitsbericht. Er bezog sich dabei auf den Theologen

Dietrich Bonhoeffer mit der Feststellung, dass der Mensch im normalen Leben viel mehr empfängt als er gibt und dass Dankbarkeit das Leben erst reich macht. In diesem Bewusstsein der Dankbarkeit gebe ihm die GdP die Gelegenheit, etwas zurück zu geben. In der Annahme, dass diese Motivation auch für alle anderen Funktionsträger in der GdP gelte, schloss er seine Ausführungen mit dem kurzen Gedicht von Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“

In einer Erläuterung zu dem vorliegenden schriftlichen Kassenbericht unterstrich Volker Zeidler die Notwendigkeit einer Aufstockung der finanziellen Mittel für die Seniorenarbeit.

Den beiden Berichten folgte eine kurze Aussprache. Horst Kothe verwies auf die Möglichkeit einer ergän-



Ehrungen v. l.: Wilfried Honecker, Hans Werkmeister, Bundesseniorenvorsitzender Anton Wiemers, Kurt Grede, Harald Dobrindt.

zenden Beihilfe im Falle des stationären Aufenthaltes in einem Pflegeheim und regte eine gewerkschaftliche Information an die Mitglieder an. Nachdrücklich mahnte er, bei Tarifverhandlungen zum Einkommen die Versorgungsempfänger nicht zu vergessen bezüglich der zeitgleichen Übertragung des Tarifergebnisses.

Gerhard Kastl drängte auf eine stärkere Reaktion der GdP anlässlich der hohen Austrittsbereitschaft bei der Ruhestandsversetzung. Dazu berichtete Andreas Grün, dass bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet sei, die ein Konzept für den Landesbezirksvorstand erarbeitet.

Vor der Wahl eines neuen Seniorenvorstandes verabschiedete Harald Dobrindt drei Kollegen, die für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung standen und dankte ihnen mit einem kleinen Präsent für die jahrelange Mitarbeit: Hans Werkmeister,

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Kurt Grede und Wilfried Honecker.

Für die nächsten vier Jahre wählten die Delegierten einstimmig den Vorstand der Seniorengruppe Hessen:

Harald Dobrindt (MH), Vorsitzender, Gerhard Lehmann (HBP), stv. Vorsitzender, Erika Büttner (ZBH), stv. Vorsitzende, Rolf Degenhard (SOH), Schriftführer, Heinz Homeyer (FFM), stv. Schriftführer, Volker Zeidler (NH), Kassierer, Michael Messer (WH), stv. Kassierer und Beisitzer: Hermann Müller (OH), NN (SH).

Die 13 vorliegenden Anträge an den Landesdelegiertentag der GdP Hessen im Jahr 2014, die sich mit der Vertretung der Senioren in den GdP-Gremien, der finanziellen Ausstattung der Seniorengruppe, Einkommensregelungen und Rentenalter befassen, wurden überwiegend ohne Gegenstimmen beschlossen.

Damit konnte Verhandlungsleiter Bernd Braun die Tagesordnung abschließen und die Seniorenkonferenz nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden beenden.

Konrad Jänicke

Bildungstag der Jungen Gruppe Nordhessen



Die Teilnehmer des Bildungstages der Jungen Gruppe Nordhessen.

Bereits in den Werbebroschüren der Einstellungsberatung wird das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ bei der Polizei thematisiert.

Was genau es damit auf sich hat, ist aber nicht allen Kolleginnen und Kollegen klar.

Grund genug für die Junge Gruppe der BZG Nordhessen, am 9. 9. 2013 einen Bildungstag zum Thema zu veranstalten, der durch das PP Nordhessen mit der Gestellung des Tagungsraums und Gewährung der Dienstbefreiung unterstützt wurde, wie es der PVP des PP Nordhessen, Bernd Paul, in seinem Grußwort ansprach.

Rund zwanzig Kolleginnen und Kollegen hatten sich zur Veranstaltung eingefunden.

Nach einem guten Frühstück, auf Einladung der GdP, und einem Grußwort des Bezirksgruppenvorsitzenden Stefan Rüppel, eröffnete Christoph von der Jungen Gruppe die Vortragsrunde.

Den Anfang machte die Frauenbeauftragte des PP Nordhessen, Kollegin Renate Bauer. Renate ging zunächst darauf ein, dass die Erwerbsbiografie vieler Frauen immer noch größere Unterbrechungen aufweist, als die der meisten Männer.

Im Schnitt liegt die Rente der Frauen deshalb rund 475 Euro unter der der Männer.

Des Weiteren ging sie auf die verschiedenen Arbeitszeitmodelle, in Zusammenhang mit der Elternzeit, bei unserer Behörde ein.

Nach der Elternzeit besteht ein Anspruch auf die Beschäftigung in Teilzeit.

Für den Tarifbereich ist hierbei besonders wichtig, dass der reguläre Arbeitsvertrag nicht in einen neuen Arbeitsvertrag (halbe Stelle) übergeht, sondern dass bei unserer Behörde nur ein zeitlich befristeter Zusatzvertrag geschlossen wird.

Für den Beamtenbereich ist zu beachten, dass – bei befristeter Teilzeit – eine vorzeitige Aufstockung auf eine volle Stelle nur in Ausnahmefällen möglich ist.

Im zweiten Vortrag referierte mit Frau Wenzel vom Regierungspräsidium Kassel eine außerordentlich kompetente Fachfrau über die monetären Auswirkungen von Ausfallzeiten auf Pensionen und Renten.

Grundsätzlich kann man Folgendes festhalten: Nur die Zeit, die ich arbeite, wird mir auch für die Berechnung der Rente und Pension angerechnet. Sprich: vierzig Jahre auf einer halben Stelle ergeben zwanzig Jahre für die volle Stelle für die Altersversorgung. Die volle Pension gibt es derzeit bei vierzig anrechenbaren Dienstjahren. Den Rest kann sich jetzt jeder mit einem einfachen Dreisatz ausrechnen.

Für den Tarifbereich werden Kindererziehungszeiten mit bis zu drei Jahren in der Rentenversicherung als Arbeitszeiten – ohne Beiträge in die Rentenkasse – angerechnet. Für die Beamten ist dies nicht der Fall. Hier werden für die 36 Monate später Erziehungszuschläge zur Pension bezahlt.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerke (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE



Im Gespräch v. l.: Stefan Ruppel, Vize-PP Bernd Paul und Frauenbeauftragte Renate Bauer.

ge von Angehörigen kann das Ruhegehalt beeinflussen. Wie sieht es bei einer vorzeitigen Ruhestandsversetzung aus? Grundsätzlich werden von den derzeit 71,75 Prozent des Ruhegehalts für jedes Jahr, das der Beamte früher geht, 3,6 Prozent abgezogen. Dieser Abzug ist bei maximal fünf Jahren gedeckelt. Des Weiteren gibt es

nats in und aus der Elternzeit geht, da man sich so zwei Monate sparen kann.

Zum Thema Elternzeit ließ Stefan Ruppel noch einfließen, dass die Mitglieder der GdP in dieser Zeit lediglich einen Gewerkschaftsbeitrag von 4,34 Euro pro Monat zu entrichten haben.

Anschließend wies Renate Bauer in einem zweiten Wortbeitrag auf die besondere Fürsorgepflicht des Dienstherrn bei einer bestehenden und bekannten Schwangerschaft hin. Für den Tarifbereich ging sie auf die Fünfjahresfrist in der Elternzeit ein. Kehrt die Kollegin oder der Kollege erst nach Verstreichen der Frist in den aktiven Dienst zurück, wird sie/er um eine Erfahrungsstufe zurückgestuft.

Die Kindererziehungszeiten können sowohl auf einen der Elternteile oder auch auf beide angerechnet werden. Aus versorgungstechnischen Gründen kann es hier sinnvoll sein, die Zeit – in Abweichung von den tatsächlichen Gegebenheiten – komplett dem anderen Partner zuzurechnen.

Bezüglich des Elterngeldes, kann man sich auch bei den Elterngeldstellenberatern lassen. Für Kassel unter der Telefonnummer 05 61-20 99-1 57.

Neben dem Erziehungszuschlag gibt es im Beamtenbereich auch einen Pflegezuschlag für die häusliche Pflege von Angehörigen. Aber nicht nur die Kindererziehung und die Pfl-



Die Organisatoren v. l.: Matthias Langer, Nadine Weideling, Chris M., Andreas Rau, Stefan Ruppel, Isabel Adler.

eine Grundversorgung, die derzeit bei ca. 1400 Euro liegt.

Als dritten Referenten durften wir schließlich den Kollegen Strebe begrüßen. Dieser ist Rechtssekretär bei ver.di und somit vor allem für den Tarifbereich ein kompetenter Ansprechpartner. In seinem Vortrag gab er einen Überblick über das Elternzeit- und Teilzeitbefristungsgesetz. Ein Großteil der Tücken im Tarifbereich, die auf Arbeitnehmer außerhalb des öffentlichen Dienstes zukommen können, treten erfreulicherweise im Arbeitsverhältnis zum Land Hessen nicht oder nur bedingt auf.

Trotzdem war der ein oder andere wertvolle Tipp dabei.

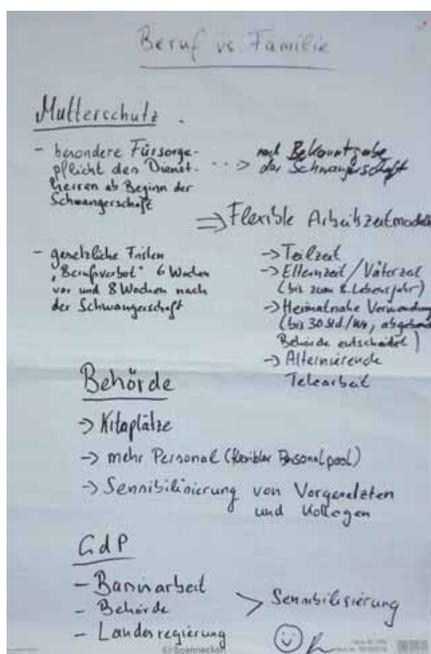
So können z. B. auch die Großeltern, unter bestimmten Voraussetzungen, Elternzeit beantragen. Ein netter Hinweis war auch, dass man, da der Urlaubsanspruch für jeden vollen Monat Elternzeit um 1/12 gekürzt wird, am besten zum 15. eines Mo-

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Gruppenarbeit, geknack moderiert durch die Bildungsbeauftragte der GdP Nordhessen, Isabel Adler.

Die Teilnehmer sollten nun abschließend die referierten Themen kurz und knackig aufbereiten. Hintergrund ist hier die Planung, die bearbeiteten Themen noch in diesem Jahr als Flyer zur Verfügung zu stellen.

Abschließend waren sich alle Beteiligten einig, dass es eine sehr gelungene Veranstaltung war, bei der man viele neue Eindrücke und Anregungen gewonnen hat. Der besondere Dank gilt, neben den Referenten, dem Team der Jungen Gruppe für die tolle Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung.

Thomas Rüdiger, Kreisgruppe Kassel



Arbeitsergebnis



Die GdP trauert um Herbert Mücke



† Herbert Mücke.

Am 10. August 2013 verstarb unser langjähriges Mitglied Herbert Mücke im Alter von 93 Jahren.

Er war schon seit 1947 gewerkschaftlich aktiv und zählt zu den ersten Mitgliedern der GdP, die 1951 gegründet wurde. Während seiner Dienstzeit bis zum Ruhestand 1980 war er fast zwei Generationen von HAL-Teilnehmern als Innendienstleiter (Mutter der Kompanie) an der damaligen Hessischen Polizeischule bekannt. Nach seinem aktiven Dienst war er noch über sieben Jahre beim Landesbezirk in der Geschäftsstelle tätig. Für seine Verdienste wurde er vom damaligen Landesvorsitzenden

Koppmann mit der Fritz-Schulte-Medaille geehrt. Der Kreisgruppe HPA (damals HPS) war er in dieser Zeit ein treuer und verlässlicher Vertreter der Rentner und Pensionäre. Auch danach versäumte er fast keine Jahreshauptversammlung. Zum 60-jährigen Bestehen der GdP 2011 wurde er ebenfalls geehrt.

Die GdP verliert ein Mitglied, das nach einem erfüllten Leben als Vorbild für die hessischen GdP-Mitglieder weiterlebt.

Kreisgruppe HPA

Egal wohin...



Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss!
Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder!
Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und **freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.**

Neues Auto!

Wie sicherlich vielen bekannt, vermittelt die Polizei Service Gesellschaft (PSG) ihren Mitgliedern zu sehr günstigen GdP-Haustarifen verschiedene PKW-Fabrikate, wie z.B. Opel, Ford, Volkswagen, BMW, Audi, Saab, Volvo, Honda, Mitsubishi und andere.

Sie fordern einfach bei uns ein Formular an, füllen es aus und erhalten in wenigen Tagen unser Angebot abzüglich der GdP-Konditionen.



PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Info-Line: 06 11 / 9 92 27 30 • Info-Fax: 06 11 / 9 92 27 27
Internet: www.gdp.de/hessen • eMail: gdpHessen@t-online.de

